



**Bundesministerium
für Landesverteidigung
Fremdlegislative**

DRINGEND

Sachbearbeiter:
Dr. Harald KODADA, LL.M.
Tel: 01/5200/21530
Fax: 01/5200/17206
E-Mail: fleg@bmlv.gv.at

GZ S91040/3-FLeg/2008

Entwurf eines Bundesgesetzes über den sicheren Umgang mit Chemikalien zum Schutz des Menschen und der Umwelt (Chemikaliengesetz 2008 - ChemG 2008);
Stellungnahme

An das
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
martin.pixner@lebensministerium.at
Stubenring 1
1012 Wien

Zu dem mit do. e-mail vom 13. Februar 2008, GZ BMLFUW-UW-1.2.2/0120-V/2/2007, übermittelten **Entwurf eines Bundesgesetzes über den sicheren Umgang mit Chemikalien zum Schutz des Menschen und der Umwelt (Chemikaliengesetz 2008 – ChemG 2008)** nimmt das Bundesministerium für Landesverteidigung wie folgt Stellung:

Aus **militärrelevanter Sicht** besteht zum vorliegenden Entwurf folgendes Änderungsersuchen:

In § 4 Abs. 2 sollte in der Z 4 der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Z 5 angefügt werden:

„5. im Bundesheer verwendete Schieß- und Sprengmittel im Sinne des Schieß- und Sprengmittelgesetzes, BGBl. Nr. 196/1935, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 92/1975, und für im Bundesheer verwendete pyrotechnische Gegenstände im Sinne des Pyrotechnikgesetzes, BGBl. Nr. 282/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 109/1994.“

Begründung:

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf würde das Bundesheer mit Inkrafttreten des Chemikaliengesetzes 2008 seine nach geltender Rechtslage privilegierte Stellung verlieren.

Derzeit gilt nämlich § 4 Abs. 4 Chemikaliengesetz 1996 – ChemG 1996, BGBl. I Nr. 53/1997. Demnach sind die §§ 21 bis 25 auf Schieß- und Sprengmittel sowie pyrotechnische Gegenstände des Bundesheeres nicht anwendbar. Diese Bestimmungen normieren umfassende Erforschungs-, Einstufungs-, Kennzeichnungs-, Verpackungs- sowie Bekanntgabe- und Informationspflichten.

Der vorliegende Entwurf zum ChemG 2008 sieht eine vergleichbare Ausnahmebestimmung jedoch nicht mehr vor. Den Erläuterungen zum ChemG 2008 zufolge gelten pyrotechnische Gegenstände auch als Gemische oder Erzeugnisse iSd *REACH*-Verordnung und können deswegen nicht grundsätzlich vom nationalen Chemikalienrecht ausgenommen werden.

Nach Artikel 2 Z 3 REACH-Verordnung sind die Mitgliedstaaten jedoch ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen für bestimmte Stoffe, Zubereitungen oder Erzeugnisse zuzulassen, wenn das im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist.

Darüber hinaus soll nach Erwägungsgrund 12 der GHS-Verordnung „Munition **nicht** in den Regelungsbereich dieser Verordnung fallen“.

Aus den europarechtlichen Vorgaben ergibt sich demnach eindeutig, dass der österreichische Gesetzgeber Ausnahmen zu Gunsten der Landesverteidigung bzw. des Bundesheeres normieren darf.

27.03.2008

Für den Bundesminister:

i.V. MOSER